

Allgemeine Änderung der Situation

Der Weiterleitungsstau in Gießen (aufgrund von Erkrankungen wurden einige Wochen weniger Flüchtlinge an die Kreise weitergeleitet) ist derzeit wohl aufgelöst. Die Zuweisung von Flüchtlingen steigt an. Rund 100 Flüchtlinge werden laut Ankündigung des Landes wöchentlich im Kreis Offenbach eintreffen. Das sind weit mehr als in den letzten Monaten und etwa doppelt so viele wie in den vergangenen Wochen. Die Entwicklung trifft den Kreis und die Kommunen nicht unvorbereitet. Trotzdem bindet die Frage der Unterbringung mittlerweile erhebliche Ressourcen in den Verwaltungen. So auch in der Gemeinde Mainhausen.

Nachdem die Verwaltung bereits mehrere Monate Erfahrungen sammeln konnte und sich die Situation ständig verändert, müssen wir feststellen, dass diese zusätzliche Aufgabe nicht „nebenbei“ zu bewältigen ist. Das Finden und Einrichten von geeigneten Räumlichkeiten bindet viel „Manpower“ in der Gemeindeverwaltung. Es wird aktiv nach Wohnraum gesucht und auf Angebote reagiert. Die angebotenen Räumlichkeiten werden besichtigt und die Eigentümer werden aufgeklärt. Die Vertragsverhandlungen und die Abstimmung mit dem Kreis binden viele Personalstunden. Nach erzielter Einigkeit müssen die Räumlichkeiten eingerichtet werden und Lieferzeiten bis zu 8 Wochen (nur für Etagenbetten) erschweren das erforderliche schnelle Handeln. Somit werden in den umliegenden Möbeldiscountern Möbel eingekauft, geholt und aufgebaut. Die Möbel in der Pächterwohnung wurden mit Hilfe der hier lebenden Flüchtlinge und ehrenamtlichen Helfern aufgebaut. Die normale Ausstattung, wie Bettwäsche, Geschirr usw., wurde bisher größtenteils durch die Spenden der Mainhäuser Bürger gedeckt. Diese Spenden wurden eingelagert und werden zu den Einrichtungen bei Bedarf gebracht. Eine solche zusätzliche Aufgabe ist auf Dauer und in dieser Intensität mit dem Personalbestand der Gemeinde nicht zu erfüllen ist. Dem laufenden Geschäft kann man mit dieser Zusatzbelastung nicht gerecht werden. Daher wurde eine Teilzeitkraft, für die Akquise und Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften, befristet und ein Hausmeister, zur Betreuung der angemieteten Einrichtungen, als Aushilfe eingestellt. Dies ist mit der Kommunalaufsicht abgestimmt, da solche Stellen im Stellenplan nicht vorgesehen sind. Die Kommunalaufsicht nahm zu unserer Frage wie folgt Stellung:

„Nach § 5 Abs. 1 S. 1 GemHVO sind im Stellenplan die Stellen der nicht nur vorübergehend Beschäftigten auszuweisen. Der Begriff „nicht nur vorübergehend Beschäftigter“ ist gesetzlich nicht definiert. Nach Amerkamp (Amerkamp u.a., PDK Hessen, § 5 Rn. 14) *„sind nicht nur vorübergehend beschäftigt Kräfte, die aushilfsweise, für eine bestimmte Zeit oder für einen zeitlich begrenzten Zweck beschäftigt werden. Aushilfsweise ist beschäftigt, wer Arbeiten ausführt, die nicht regelmäßig anfallen oder wer die nicht vorübergehend Beschäftigten bei nur vorübergehend anfallenden Massen- oder Mehrarbeiten unterstützt. In zeitlicher Hinsicht nicht nur vorübergehend beschäftigter Arbeitnehmer ist, wer längstens zwei Jahre beschäftigt ist. Klargestellt ist durch das Merkmal „nicht nur vorübergehend“, dass die befristete, also nur vorübergehende Beschäftigung von Arbeitnehmern (z. B. Vertretungskräfte im Fall von Krankheit oder Erziehungszeiten, Aushilfskräfte u. a.) ohne Rücksicht darauf vorgenommen werden kann, ob der Stellenplan die entsprechenden Stellen enthält; entscheidend ist in diesen Fällen allein, dass die notwendigen Haushaltsmittel für die Personalaufwendungen bereit stehen (Daneke/Emde/Eimer, Finanzwirtschaft und doppeltes Haushaltsrecht der Gemeinden in Hessen, S. 499).“*

Im Hinblick auf die Einstellung eines Hausmeisters als Aushilfskraft bestehen somit keine Bedenken.

Aus der Kommentierung zu § 98 Abs. 2 Nr. 5 HGO geht hervor, dass nur die nicht vorübergehende – also unbefristete – Einstellung von der Nachtragspflicht erfasst wird. Die befristete Einstellung einer Person ist somit von der Nachtragspflicht nach § 98 Abs. 2 Nr. 5 HGO ausgenommen. *„Andererseits wird man bei einem befristeten Arbeitsverhältnis, das eine längere Laufzeit hat (z. B. mehr als ein Jahr), nicht mehr von einer nur vorübergehenden Einstellung sprechen können.“* (Bennemann u.a., PDK Hessen, § 98 Rn. 30).

Die Teilzeitstelle befristet für ein Jahr ist somit nicht von einer Nachtragspflicht nach § 98 Abs. 2 Nr. 5 HGO betroffen. Sollte im nächsten Jahr eine Verlängerung der Befristung anstehen, ist über eine Aufnahme der Stelle im Stellenplan nachzudenken.“

Unterbringung Stand 03.11.2015

Gemeinschaftsunterkunft Babenhäuser Str. 11 (Gemeinde):

- 13 männl. Eritreer zwischen 20 und 38 Jahren
- zum großen Teil bereits über ein Jahr hier, 4 erst seit einem Monat
- bei zwei Bewohnern seit kurzem Flüchtlingsstatus anerkannt
- bei sehr enger Belegung noch Platz frei.

Gemeinschaftsunterkunft Obergasse 2 (Kreis Offenbach):

28 Bewohner (Äthiopien, Syrien, Algerien, Mazedonien, Eritrea, Somalia, Albanien)
ein Platz frei

Gemeinschaftsunterkunft Rheinstr. 3 (Gemeinde):

10 männl. Afghanen zwischen 18 und 22 Jahren

Wohnung Stockstädter Str. 9 (Gemeinde):

3 köpfige Familie (Pakistan)

Wohnung Hauptstr. 27 (Gemeinde):

5 köpfige Familie (Albanien)

Neue Unterkunft Ringstraße (Gemeinde):

(ab ca. Mitte November)
18 Plätze

Notunterkunft/Überlaufereinrichtung

Am 26.10.2015 ging beim Kreis Offenbach (Katastrophenschutz) der Einsatzbefehl des Landes Hessen ein, in dem festgelegt wurde, dass bis zum 29.10.2015 eine Notunterkunft für 1.000 Flüchtlinge zu schaffen sei.

Der Kreis Offenbach hatte sehr schnell für 600 bis 700 Flüchtlinge Platz in Langen geschaffen. Nachdem der, ebenfalls geplante weitere, Standort in Dreieich nicht genutzt werden konnte, hat der Kreis die verfügbaren Optionen geprüft und sich für das Gewerbeobjekt in Mainhausen – Mainflingen entschieden, um eine Notunterkunft zu errichten. Die Entscheidung fiel am Vormittag des 30.10.2015. Ab dem späten Nachmittag begannen die Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes, die Räume herzurichten. Diese endgültige Information erhielt die Bürgermeisterin um kurz vor 12 Uhr Mittags und war, gemeinsam mit der örtlichen Feuerwehr, kurz darauf zu den ersten Vorbesprechungen vor Ort. Eine Information an die Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und die Fraktionsvorsitzenden ging um ca. 16 Uhr raus.

Die Helferinnen und Helfer leisteten eine tolle Arbeit und am Abend konnte der Landrat eine Einrichtung mit rund 300 Feldbetten in Augenschein nehmen.

Mit der ersten Belegung ist, möglicherweise, am Freitag, den 06.11.2015 zu rechnen. Eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung konnte für den 05.11.2015 vorbereitet werden. Diese Information war am 10.11.2015 bereits überholt. Wir rechnen mit den ersten Flüchtlingen erst zum Ende der Woche.

Grundsätzliches zu diesen Einrichtungen:

Notunterkünfte wie die in Mainflingen sind in Hessen neu. Im Gegensatz zur Neu-Isenburger Einrichtung, die von Anfang an in Landesregie laufe, habe sich der Kreis allein um die Immobilie, den Vertrag mit dem Eigentümer und den Aufbau der Einrichtung kümmern müssen. Das Land Hessen stelle Betten, Decken, Hygienesets und Handtücher. Der Kreis habe sich um Verpflegung, Reinigung und den Sicherheitsdienst zu kümmern und betreibe die Unterkunft in der Anlaufphase. Nach dieser Anlaufphase steigt das Land Hessen in die Verträge ein. Die Kosten für Anmietung, Einrichtung, Versorgung und das Personal vor Ort (Verpflegung, Sicherheitsdienst usw.) trägt das Land Hessen.

Ausblick

Schwesternhaus (Privat – Betreiber)

Der Kaufvertrag zum Schwesternhaus wurde unterzeichnet. Es läuft noch der Antrag auf Nutzungsänderung bei der Bauaufsicht des Kreises Offenbach. Mit Genehmigung der Nutzungsänderung werden die erforderlichen Umbaumaßnahmen umgesetzt, um rund 25 Personen dort unterzubringen. Ein Betreibervertrag zwischen der Gemeinde und der Eigentümerin ist vorbereitet, aber noch nicht unterzeichnet.

Weitere Angebote des freien Wohnungsmarktes

Eine Wohnung in der Brüder-Grimm-Straße für ca. 8 Personen. Hier laufen noch Sanierungsarbeiten des Eigentümers und die Vertragsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Ein Haus in der Humboldtstraße wurde der Gemeinde angeboten. Hier sind einzelne Räume teilweise noch an Monteure vergeben. Weiterhin muss geprüft werden, welche baulichen Maßnahmen erforderlich sind. Nach der ersten Schätzung können ca. 15 bis 20 Personen untergebracht werden.

Weitere Angebote für Häuser in der Kurt-Schuhmacher-Straße, der Zellhäuser Straße und der Hauptstraße vor. Die Entscheidungen sind bei allen Räumlichkeiten noch nicht getroffen.

Ruth Disser, Bürgermeisterin
10. November 2015